

B3**Abteilung 10 Schillerpark****Die KDV möge beschließen:**

Vorhandene Parkhäuser den Anwohnenden anbieten. Brücken bauen für die Mobilitätswende und einen klimagerechten Stadtumbau.

1 Die KDV Mitte möge beschließen, die SPD
2 Fraktion der BVV Mitte zu ersuchen einen
3 BVV-Beschluss zu erwirken, der das BA Mitte
4 dazu auffordert:

- 5 • Innerhalb eines Jahres eine Übersicht
6 (Kataster) aller privatwirtschaftlich be-
7 triebenen Parkhäuser im Bezirk Mitte
8 mit der Zahl der vorhandenen Stell-
9 plätze, deren durchschnittlichem Aus-
10 lastungsgrad und Öffnungszeiten zu er-
11 heben.
- 12 • Falls vorhanden, sollen zusätzlich die
13 Aufteilung der Parkplätze in Kurz- und
14 Dauerstellplätze sowie deren jeweilige
15 Preise erfasst werden.

16 Im BVV Beschluss soll das BA Mitte im An-
17 schluss an die Erhebung des Weiteren aufge-
18 fordert werden:

- 19 • Eine bezirksweite Strategie zur bes-
20 seren Ausnutzung vorhandener Park-
21 hauskapazitäten zu entwickeln.
- 22 • Gemeinsam mit den Betreibergesell-
23 schaften der Parkhäuser Pilotprojekte
24 zu erarbeiten, um freie Parkhauskapa-
25 zitäten im Sinne von Quartiersgaragen
26 für PKW und Fahrräder Anwohnenden
27 zu attraktiven Konditionen zur Anmie-
28 tung anzubieten.

29

Begründung

31 Für verkehrssichere Kieze, Infrastruktur für
32 Fahrradfahrende und Klimaschutz fallen
33 Parkplätze in den Kiezen von Mitte weg.
34 Um dafür Akzeptanz zu gewinnen, wollen
35 wir, dass leerstehende Parkkapazitäten in eh
36 vorhandenen Parkhäusern Anwohnenden
37 zur Miete angeboten werden.

38 Bereits im 2011 verabschiedeten *Stadtent-*
39 *wicklungsplan (StEP) Verkehr* war ein Projekt
40 „Masterplan Parken“ verankert. Die Umset-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die KDV Mitte möge beschließen, die SPD
Fraktion der BVV Mitte zu ersuchen einen
BVV-Beschluss zu erwirken, der das BA Mitte
dazu auffordert:

- Innerhalb eines Jahres eine Übersicht
(Kataster) aller privatwirtschaftlich be-
triebenen Parkhäuser im Bezirk Mitte
mit der Zahl der vorhandenen Stell-
plätze, deren durchschnittlichem Aus-
lastungsgrad und Öffnungszeiten zu er-
heben.
- Falls vorhanden, sollen zusätzlich die
Aufteilung der Parkplätze in Kurz- und
Dauerstellplätze sowie deren jeweilige
Preise erfasst werden.

Im BVV Beschluss soll das BA Mitte im An-
schluss an die Erhebung des Weiteren aufge-
fordert werden:

- Eine bezirksweite Strategie zur bes-
seren Ausnutzung vorhandener Park-
hauskapazitäten zu entwickeln.
- Gemeinsam mit den Betreibergesell-
schaften der Parkhäuser Pilotprojekte
zu erarbeiten, um freie Parkhauskapa-
zitäten im Sinne von Quartiersgaragen
für PKW und Fahrräder Anwohnenden
zu attraktiven möglicherweise kosten-
losen Konditionen (weil Parkplakette)

41 zung des Projekts bleibt der Senat seitdem al-
42 lerdings schuldig. In den neuen *Stadtentwick-*
43 *lungsplan Mobilität und Verkehr Berlin 2030*
44 (*StEP MoVe*) fand das Vorhaben als organi-
45 satorische Maßnahme *O6 - Erarbeitung und*
46 *Umsetzung einer „Strategie Parken Berlin“* mit
47 dem Ziel der Fertigstellung bis 2023 erneut
48 Eingang. Im letzten Fortschrittsbericht zum
49 StEP MoVe, der dem AGH im Februar 2024 vor-
50 gelegt wurde, heißt es zu dieser Maßnahme:
51 „Erstellung einer Gesamtstrategie wurde im
52 Berichtszeitraum zugunsten priorisierter Ein-
53 zelaspekte [...] zurückgestellt.“
54 Gleichzeitig steht Berlin vor der großen Her-
55 ausforderung eines klimagerechten Stadt-
56 umbaus. Ein zentraler Baustein ist dabei das
57 Konzept der so genannten Schwammstadt.
58 Konkrete Vorhaben zielen insbesondere auf
59 Entsiegelung von Flächen ab. Eine Variante,
60 die stadtklimatisch wirksam die lokale Versi-
61 ckerung von Regenwasser ermöglichen soll,
62 ist das Konzept „grüner Gullys“. Das Straßen-
63 und Grünflächenamt des Bezirks Mitte ver-
64 folgt die Strategie in den kommenden Jah-
65 ren bis zu 7.200 „grüne Gullys“ anstelle her-
66 kömmlicher Kanaleinläufe zu bauen. Dies be-
67 dingt in vielen Fällen den Wegfall von PKW-
68 Stellplätzen in öffentlichen Straßenland.
69 Ein weiterer wichtiger Aspekt des klima-
70 gerechten Stadtumbaus ist die im Berliner
71 Mobilitätsgesetz festgeschriebene Verkehrs-
72 wende. Der Bezirk Mitte verfolgt das Ziel, das
73 Nebenstraßennetz zu einem attraktiven Mo-
74 bilitätsraum für alle Mobilitätsarten umzuge-
75 stalten. Das bedingt, dem motorisierten Ver-
76 kehr Flächen zu entziehen, um beispielsweise
77 Fahrradstraßen oder sichere Kreuzungen mit
78 vorgestreckten Fußgängerquerungen einzu-
79 richten. Gleiches gilt für neue Radverkehrs-
80 lagen an Hauptstraßen, die auf Landesebene
81 vorangetrieben werden.
82 Solche Umnutzungen von Flächen, die haupt-
83 sächlich den ruhenden Verkehr betreffen,
84 sind konfliktbeladen, da häufig argumentiert
85 wird, dass es beim Wegfall von Stellplätzen
86 im öffentlichen Straßenland für die Anwoh-

87 nenden keine Alternativen gäbe, ihre Fahr-
88 zeuge wohnortnah zu parken. Dieser Antrag
89 fordert daher Schritte zur Schaffung solcher
90 Alternativen in vorhandenen Infrastrukturen,
91 um so eine Brücke zu mehr Verständnis und
92 Unterstützung der vorgenannten klima- und
93 mobilitätspolitischen Ziele bauen.

94 In der laufenden Wahlperiode wurden im
95 Abgeordnetenhaus bereits zwei parlamen-
96 tarische Anfragen zur Nutzung vorhande-
97 ner Parkhäuser als Quartiersgaragen gestellt.
98 Kristian Ronneburg (LINKE) im Mai 2022 und
99 Mathias Schulz (SPD) im Mai 2023 bekamen
100 darauf von der zuständigen Senatsverwal-
101 tung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und
102 Umwelt nur unzufriedenstellende und aus-
103 weichende Antworten. Ein in der Öffentlich-
104 keit bekanntes und der Presseberichterstat-
105 tung nach sehr erfolgreiches Projekt findet
106 in keiner der Antworten Erwähnung. Dabei
107 wurden den Anwohnenden des Kreuzberger
108 Graefekiez im Gegenzug zur Entsiegelung
109 von Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum
110 500 Stellplätze zur monatlichen Miete im an-
111 liegenden Parkhaus des Karstadt Warenhau-
112 ses am Hermannplatz angeboten. 400 davon
113 waren nach kurzer Zeit vermietet. Die kürzlich
114 erfolgte wissenschaftliche Zwischenevaluati-
115 on des Projektes durch das Wissenschaftszen-
116 trum Berlin für Sozialforschung fällt positiv
117 aus.

118 Da der Senat bezüglich dieses Themas offen-
119 sichtlich nicht handlungsfähig oder -willig ist,
120 adressiert dieser Antrag die Bezirksebene.